

Haushaltsrede von Bündnis 90 / Die Grünen zum Haushalt des Landkreises Karlsruhe 2025

(Es gilt das gesprochene Wort)

30.01.2025



- 1 Einleitung
- 2 Finanzen & Personal
- 3 Soziales & BTHG
- 4 Kliniken & Gesundheit
- 5 Freiwillige Leistungen
- 6 Neubau Landratsamt KARLA
- 7 Digitalisierung
- 8 Abfallwirtschaft
- 9 ÖPNV
- 10 Umwelt- und Naturschutz
- 11 Klimaschutz & Katastrophenschutz
- 12 Erneuerbare Energien
- 13 Schlusswort

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörende,

„Zuversicht ist der Glaube, dass es trotz aller Schwierigkeiten Wege gibt, die nach vorne führen.“

Diese Worte des österreichischen Schriftstellers und Lehrers Ernst Ferstl beschreiben treffend, worauf es in der aktuellen Situation ankommt: **Zuversicht**. Auch wenn unser Landkreis vor großen Herausforderungen steht – seien es finanzielle Engpässe, soziale Aufgaben oder die dringend nötigen Investitionen in Klima- und Zukunftsschutz – dürfen wir uns nicht von den Schwierigkeiten überwältigen lassen.

Es geht darum, den Blick nach vorne zu richten und mutig die Wege zu gestalten, die uns langfristig weiterbringen. Heute stehen wir hier, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, Prioritäten zu setzen und Handlungsfähigkeit zu zeigen. Lassen Sie uns beweisen, dass Zuversicht nicht nur ein schönes Wort ist, sondern eine Haltung, die uns auch in schwierigen Zeiten voranbringt.

[2 Finanzen & Personalsituation]

Der **Haushaltentwurf für 2025** für den Landkreis Karlsruhe steht unter dem Eindruck großer Herausforderungen: Wir haben es in allen vorangegangenen Haushaltsreden gehört. Trotz aller finanzieller Schwierigkeiten ist es uns Grünen wichtig, dass an den Ausgaben für Verkehrs- und Energiewende und auch an sozialen Leistungen nicht gestrichen wird. Insofern erkennen wir, dass leider kein Spielraum bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Kreisumlage auf 32 % vorhanden ist.

Allerdings erwarten wir, dass die Kreisumlage perspektivisch wesentlich geringer steigt als im Haushaltsentwurf vorgelegt wurde oder im besten Fall auch wieder sinkt. Für die Aufstellung des Haushaltes für 2026 ist es sinnvoll, dass alle KreisrätInnen zusätzlich zu Ihren Ausschusstätigkeiten auch den Gesamthaushalt verstehen und diskutieren können. Die bestehende Praxis der Vorberatung in den Ausschüssen erachten wir angesichts der prekären Haushaltslage als nicht mehr ausreichend. Aus diesem Grunde **beantragen wir**, nach der Sommerpause eine Haushalts-Klausurtagung mit dem gesamten Kreistag durchzuführen, in die auch eine vertiefte Darstellung und Analyse des Stellenplanes integriert wird. Die Klausurtagung soll so rechtzeitig in 2025 stattfinden, dass auch die weitere Entwicklung der Kreisumlage noch gesteuert werden kann.

Um hier die nötigen Handlungsspielräume zurückzugewinnen, ist allerdings auch eine Reform der Schuldenbremse von uns allen gegenüber Bund und Land einzufordern, die die investiven Maßnahmen von dieser Regel ausnimmt.

Nachhaltige Finanzpolitik heißt für uns auch, die Aufgaben so wahrzunehmen, dass präventiv Folgekosten vermieden werden können oder sinnvolle Perspektiven ermöglicht werden können.

Aus diesem Grunde sehen wir den Stellenplan kritisch. Die Nichtausweisung neuer Stellen führt laut Landrat dazu, dass z.B. die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen oder Arbeitserlaubnissen bis zu zwei Jahre dauern kann. Insofern verzögert sich die Integration in den Arbeitsmarkt, und die Sozialkassen werden unnötig zusätzlich belastet. Entsprechend **beantragen wir** eine gemeinsame vertiefte Analyse des Stellenplanes. Dies sollte in die bereits vorgeschlagene Haushaltsklausur integriert werden.

[3 Soziales & Bundes-Teilhabegesetz]

Die **Sozialausgaben** waren noch nie so hoch wie in diesem Haushaltsplan – und dennoch ist der gesellschaftliche Zusammenhalt noch nie so unter Druck gewesen wie heute. Systemisch analysiert geht dies auf hohe Ausgaben für Individualansprüche aus dem **BTHG** und der Jugendhilfe zurück. Hingegen liegen Sozialausgaben zur Stärkung der Gemeinschaft wie z.B. für Schulsozialarbeit oder den Kreisjugendring weit unter dem Bedarf. Dieses sozialpolitische Dilemma wird durch die gewünschten Tarifierhöhungen im Sozial- und Pflegebereich noch verschärft. Wir erwarten auf Bundes- und Landesebene politische Lösungen, die die sozialen Gestaltungsmöglichkeiten der Kreise wieder vergrößern. Wir erwarten, dass die lediglich 90%ige BTHG-Erstattung vom Land mit dem Bund für die Zukunft auskömmlich verhandelt wird. Dafür setzen wir Grüne uns auch auf Landesebene aktiv ein.

Für uns Grüne ist die beständige und auskömmliche Fortführung einer engagierten Jugendhilfe- und Sozialpolitik für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden unabdingbar. Jugendliche brauchen eigene Räume und Strukturen. Die Schulsozialarbeit muss in allen Schularten ausgebaut werden, von Beginn an. Grundschulen stehen momentan im Fokus; das begrüßen wir. Für Jugendliche ist es unerlässlich, dass sie in ihren spezifischen Anliegen gehört und unterstützt werden. Sie sollen zur Eigenverantwortung fähig werden, Vereinsamung und Vereinzelung entgegenzuwirken. Dafür ist die politische und allgemeingesellschaftliche Partizipation erforderlich, die weiter ausgebaut werden muss.

Hier möchten wir auch besonders unseren Jugendhilfe-Leuchtturm Schloss Stutensee, der deutschlandweit seinesgleichen sucht hervorheben. Jugendlichen werden hier auf Augenhöhe, respektvoll, menschlich zugewandt und achtsam Wege aus Lebenskrisen aufgezeigt.

[4 Gesundheit / Kliniken]

Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Deshalb begrüßen wir die Gesundheitskonferenzen des Landkreises auch die flankierenden Maßnahmen zur möglichst flächendeckenden Hausarztversorgung. Die wohnortnahe Notfallversorgung durch den Erhalt der ärztlichen Bereitschaftspraxen im Landkreis sind für uns unabdingbar- auch zur Entlastung der Notfallaufnahmen in den Kliniken. Insofern unterstützen wir den Antrag der Freien Wähler.

Unsere **Kliniken in Bruchsal und Bretten** stellen maßgeblich die wohnortnahe medizinische Versorgung sicher, die uns besonders am Herzen liegt. Viele Hausaufgaben, die in der Lauterbach'schen Reform zur Effizienzsteigerung von Kliniken aufgetragen werden, sind in unserem Bruchsal-Bretten-Konzept des einheitlichen Plankrankenhauses bereits realisiert worden. Allerdings ist es völlig unannehmbar, dass die 2 km-Regel für das einheitliche Plankrankenhaus greift. Wir sind unserem Sozialminister dankbar, dass er sich eindeutig für eine Nachbesserung dieser Reform ausspricht. Außerdem ist die angestoßene Dezentralisierung in der Klinikholding für Bretten und Bruchsal der richtige Weg.

Unsere Kliniken müssen weiterhin wirtschaftlich handeln und ihren Qualitätsanspruch nicht verlieren. Insofern müssen trotz dezentraler Ausrichtung auch die Synergien einer großen Klinikholding mehr genutzt werden. Hier wünschen wir dem neuen Klinikchef eine glückliche Hand.

[5 Freiwillige Leistungen]

Wenn wir heute über die **Freiwilligen Leistungen** in unserem Landkreis sprechen, sprechen wir über mehr als nur Zahlen im Haushaltsplan. Wir sprechen über das Herz und die Seele unserer Gemeinschaft – über die Unterstützung, die oft gering, aber lebenswichtig ist, um das soziale und kulturelle Gefüge im Landkreis zu stärken.

Die Freiwilligen Leistungen machen nur etwa 10% unseres Gesamthaushalts aus, und dennoch sind sie von entscheidender Bedeutung. Sie fördern nicht nur Projekte wie die Badische Landesbühne und Jugendhilfeeinrichtungen in unserer Region, sondern bilden das Rückgrat vieler präventiver Maßnahmen, die langfristig teure Problemlösungen verhindern. Wenn wir heute an diesen Leistungen sparen, zahlen wir morgen die Rechnung in Form von erhöhten Sozialausgaben.

Wir als Gremium und die Verwaltung müssen gemeinsam Wege finden, die Freiwilligen Leistungen auf dem existierenden Niveau zu erhalten. Deshalb können wir uns trotz aller Bauchschmerzen vorstellen, der vorgeschlagenen Kreisumlagerenerhöhung auf 32% zuzustimmen.

[6 Neubau Landratsamt (KARLA)]

Die Beibehaltung der Freiwilligen Leistungen ist auch konsequent im Kontext unseres selbstbewussten **Neubauprojektes KARLA**. Die Grüne Fraktion hat sich von Beginn an für den Neubau des Landratsamts ausgesprochen. Die nachhaltige Bauweise wird den laufenden Betrieb günstiger und das Gebäude langlebiger machen.

Deutschland hat im Jahr 2023 die europäischen Klimavorgaben um 12 Millionen Tonnen CO₂ verfehlt. Der Hauptgrund dafür liegt in den mangelnden Fortschritten im Gebäude- und Verkehrssektor. Diese Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit zum Handeln, besonders auch auf kommunaler Ebene. Wenn unser Projekt KARLA wie geplant realisiert wird, zeigt es, dass CO₂-sparsames Bauen nicht nur möglich, sondern auch finanziell tragbar ist. Mit dem erreichten Optimum an Nachhaltigkeit setzen wir Maßstäbe und zeigen, wie wir unseren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele auch im Bereich Bauen leisten können. Hierbei spielt auch das Bauschuttrecycling eine bedeutende Rolle. Mit Interesse sehen wir deshalb dem zugesagten Bericht über die abfallwirtschaftliche Behandlung des Abbruchmaterials entgegen und werden die konsequente Einhaltung der finanziellen und Nachhaltigkeitsversprechen zum Neubau eng begleiten. Gegebenenfalls muss auch nachgesteuert werden.

[7 Digitalisierung]

In neuen Landratsamt werden Büroräume eingespart, auch aufgrund von Fortschritten in der **Digitalisierung**. Diese bietet große Chancen, unsere Gesellschaft inklusiver, effizienter und zukunftsfähiger zu gestalten. Uns Grünen im Landkreis ist es ein zentrales Anliegen, dass alle Generationen von diesen Möglichkeiten profitieren.

Durch gezielte vom Landkreis initiierte Fortbildungsangebote, sind einfache Einführungen in den Werkzeugkasten der Digitalisierung zu ermöglichen. Niederschwellige Workshops für SeniorInnen sowie eine starke schulbegleitende Medienbildung für Kinder und Jugendliche sollen digitale Teilhabe sichern. Das Team des Kreismedienzentrums kann mit seiner Expertise attraktive generationenübergreifende Medien-Projekte erarbeiten und durchführen.

Gleichzeitig streben wir an, die Digitalisierung der Verwaltung im Landkreis und in den Kommunen weiter voranzutreiben, um bürgernahe und leicht zugängliche Dienstleistungen zu ermöglichen. Der dringend nötige Ausbau einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur bleibt eine unserer Prioritäten. Die BLK muss dringend den Glasfaserausbau besser voranbringen.

[8 Abfallwirtschaft]

Laut Geschäftsbericht des **Abfallwirtschaftsbetriebs** fielen 2023 in den privaten Haushalten mit fast 200.000 Tonnen etwas weniger Abfälle als in den Vorjahren an. Durch die Einführung der Biomüllsammlung im Jahr 2021 ging die Restmüllmenge im Landkreis deutlich zurück. Betrachtet man die Mengen an Bio- und Grünabfall zusammen liegen wir mit 147 Kilogramm pro Einwohner über dem Landesdurchschnitt von 137 Kilogramm organischer Abfälle. Der Biomüll wird zur Biogaserzeugung verwendet und unterstützt dadurch die Energiewende. Wenn künftig eine Biogasanlage in Ettlingen entsteht, werden auch die Transportwege kürzer und effizienter. Die Grüne Fraktion würde die Errichtung einer weiteren Biogasanlage im nördlichen Landkreis sehr begrüßen und natürlich auch unterstützen. Außerdem sollte mittelfristig auch der im Landkreis anfallende Grünschnitt zur klimaneutralen Herstellung von Pflanzenkohle verwendet werden.

Dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises stimmen wir zu.

[9 ÖPNV]

Der **öffentliche Nahverkehr** ist das Herzstück einer nachhaltigen Mobilitätswende. Ohne einen attraktiven und effizienten ÖPNV werden wir weder die notwendigen Klimaziele erreichen noch eine gerechte und zukunftsfähige Mobilität für alle gewährleisten können.

Mit Blick auf unseren Landkreis möchten wir die klimafreundliche Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel in den Fokus rücken. Es braucht multimodale Mobilitätskonzepte, die Bus, Bahn und Fahrrad optimal miteinander verbinden. Ziel ist es, den Menschen den Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen zum Auto so einfach wie möglich zu machen.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Mobilität im ländlichen Raum. Zwar erscheint der Wechsel von Buslinien zu On-Demand-Angeboten wie „My Shuttle“ auf den ersten Blick modern und kostensparend. Doch wir müssen klar benennen: Für viele BürgerInnen bedeutet dies eine Verschlechterung, insbesondere was die niederschwellige Zugänglichkeit des ÖPNV betrifft. Ein flächendeckendes Grundangebot an Bus- und Bahnverbindungen darf nicht durch rein bedarfsorientierte Systeme ersetzt werden – Mobilität muss für alle leicht zugänglich bleiben.

Erfreulich ist, dass **unsere Initiative**, die Wendeschleife der S4 nach Bauerbach zu verlegen, in die Planung aufgenommen wurde. Dies ist ein wichtiger Erfolg, der zeigt, dass nachhaltige und nutzerfreundliche Infrastruktur machbar ist, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Der zweigleisige Ausbau der S4 steht für uns nicht zur Disposition.

Wir Grünen werden uns dafür stark machen, dass Land und Bund auch im Bereich Mobilität die notwendigen Mittel bereitstellen. Wir verweisen an der Stelle auf den Infrastrukturfonds und die Herausnahme investiver Maßnahmen aus der Schuldenbremse.

[10 Umwelt- und Naturschutz]

Die **Natur** ist unsere Lebensgrundlage und es ist unsere Pflicht, sie für uns und künftige Generationen zu bewahren. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen durch den Klimawandel wird diese Aufgabe immer dringlicher.

So begrüßen wir ausdrücklich die Bemühungen unserer Forstverwaltung für einen klimaresilienten Waldumbau und den Erhalt der vielfältigen Waldfunktionen. Diese Anstrengungen sind entscheidend, um unsere Wälder als CO₂-Senken, Wasserspeicher und Lebensräume für die Artenvielfalt zu erhalten.

Der Biodiversitätsverlust stellt uns vor weitere große Herausforderungen. Auch der Landkreis verzeichnet einen unwiederbringlichen Schwund an Lebensräumen und Arten. Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, zur Umsetzung eines Wildkatzenwegeplans beizutragen und die Biotopvernetzung weiter voranzutreiben.

[11 Klimaschutz & Katastrophenschutz]

Ein Thema, das für uns alle immer drängender wird, ist der **Klimaschutz**. Er ist keine Nebensache, sondern die Grundlage für unsere Zukunft. Viele der Probleme, mit denen wir heute kämpfen, sind das Ergebnis eines zögerlichen Handelns in der Vergangenheit. Doch wir können und müssen jetzt entschlossen agieren.

Auch wenn wir das globale Klima nicht allein retten können, liegt es in unserer Verantwortung, hier im Landkreis Karlsruhe unseren Beitrag zu leisten. Die Klimaschutzstrategie „zeozweifrei 2035“ zeigt uns den Weg, um bis 2035 klimaneutral zu werden. Dazu gehören konkrete Maßnahmen wie den öffentlichen Nahverkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten, sowie die Arbeit des Kommunalen Klimaschutzvereins und der Umwelt- und Energieagentur zu fördern. Diese Institutionen bündeln unser Wissen und unsere Kräfte, um nachhaltige Veränderungen voranzutreiben.

Lassen Sie uns jetzt verantwortungsvoll handeln und den Landkreis Karlsruhe als Vorbild für gelebten Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung positionieren.

Mitte August wurde unser Kreis von einem verheerenden Hochwasserereignis getroffen. Der materielle, finanzielle und emotionale Schaden, der hierdurch in in Gondelsheim, Helmsheim, Heildelsheim und Bruchsal entstanden ist, ist erschütternd. Gleichzeitig hat der unermüdliche Einsatz des DRK, der Feuerwehr, des THW, der Bundeswehr und der vielen, vielen Ehrenamtlichen Solidarität und Hilfsbereitschaft bewiesen.

Im Zuge der Klimakrise wird die Häufigkeit, aber auch die Intensität solcher Extremwetterereignisse vermutlich zunehmen. Deswegen bleibt Klimaschutz die herausragende gesellschaftliche Verantwortung unserer Zeit. Daneben werden wir uns weiterhin mit einer Stärkung der Resilienz unseres Katastrophenschutzes – auch mit innovativen Konzepten – beschäftigen müssen.

[12 Erneuerbare Energien]

Der Ausbau **erneuerbarer Energien** ist nicht nur ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch eine direkte Entlastung für unseren Haushalt. Insbesondere auf den kreiseigenen Liegenschaften können wir durch die Nutzung von selbst erzeugter Energie langfristig Kosten senken. Das zeigt, wie Klimaschutz und finanzielle Verantwortung Hand in Hand gehen können.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist die Wärmeleitplanung. Hierbei haben wir im Oberrheingraben eine besondere Standortverantwortung für die zukünftige Nutzung der Geothermie. Mit dem Aufbau eines Wärmenetzes für Geothermie nehmen wir eine große, aber notwendige Aufgabe in Angriff. Eine Anbindung an dieses Wärmenetz

wird für viele Kommunen im Landkreis ein zentraler Baustein ihrer eigenen kommunalen Wärmeplanung sein. Deshalb besitzt dieses Projekt für uns besondere Priorität, um den BürgerInnen eine zuverlässige und bezahlbare Wärmeversorgung zu sichern.

Auch der Ausbau der Windkraft ist entscheidend, um unsere Klimaziele zu erreichen. Deshalb begrüßen und unterstützen wir die Bemühungen des Landkreises beim Regionalverband Mittlerer Oberrhein, den Ausbau der Windkraft in unserer Region voranzutreiben. Nur durch ein starkes, gemeinsames Engagement können wir den Landkreis Karlsruhe nachhaltig und zukunftsfähig gestalten.

[13 Schlusswort]

Wir enden die Haushaltsrede mit den Erneuerbaren Energien, weil wir Grüne uns gemeinsam mit Ihnen **mit Energie** den Herausforderungen für 2025 gerne stellen. Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit zu Wohle der BürgerInnen unseres Landkreises.

Wir danken Herrn Landrat, allen Dezernenten und allen MitarbeiterInnen des Landratsamtes mit seinem Abfallwirtschaftsbetrieb und den Kliniken, sowie allen ehrenamtlich Tätigen für ihre wertvolle Arbeit für die BürgerInnen unseres Landkreises.